

Ein unheimlicher Verdacht

Die PLO-Affäre könnte einmal mehr zeigen, wie unproduktiv hierzulande über Geschichte debattiert wird

Das allfällige Geheimabkommen der Schweiz mit palästinensischen Terroristen hat viel Wirbel verursacht. Vorschnelle Kritik an der These, dass es einen solchen Deal gab, dürfte aber der Wahrheitsfindung wenig förderlich sein.

MARC TRIBELHORN

Welch turbulenter Jahresanfang. Nach Monaten, in denen Altbekanntes von Morgarten bis Marignano weitgehend ohne Erkenntnisgewinn durchdekliniert wurde, ist die Schweiz mit einem historischen Erbe konfrontiert, das alle Zutaten eines Agententhrillers aus dem Kalten Krieg enthält: internationaler Terrorismus, ein machtbewusster Bundesrat auf klandestiner Mission, ein geheimer Deal mit den Palästinensern, ungesühnter Mord in 47 Fällen. Der NZZ-Journalist Marcel Gyr hat mit seinem Buch «Schweizer Terrorjahre» kräftig Staub aufgewirbelt.

Seine These: Um die Schweiz in den 1970er Jahren vor weiteren palästinensischen Anschlägen zu bewahren, habe der welsche SP-Bundesrat Pierre Graber mit den Terroristen eine Vereinbarung getroffen – notabene ohne seine Regierungskollegen einzuweihen. Als Gegenleistung für die künftige Unversehrtheit des Landes sei der PLO eine offizielle diplomatische Vertretung in Genf genehmigt worden. Im Raum steht zudem – *horribile dictu* – der Verdacht, dass auch die behördliche Passivität im Strafverfahren zum Flugzeugabsturz in Würtenlingen, bei dem alle 47 Insassen ihr Leben verloren, Teil des Abkommens gewesen sei. So weit, so spektakulär.

Der Bundesrat reagierte nach Erscheinen des Buches sofort und setzte eine interdepartementale Arbeitsgruppe ein, die den Vorwürfen nachgehen soll. In Stellung gebracht haben sich mittlerweile aber auch vehemente Kritiker von Gyrs Geschichte.

«Wenig plausibel»

Der Historiker Sacha Zala hat sich als Direktor der «Diplomatischen Dokumente der Schweiz», dieser kompetenten Quellenedition zur schweizerischen Aussenpolitik, durch Tausende von amtlichen Akten aus dem Bundesarchiv gelesen. Er sagt: «Herrn Gyr gebührt das grosse Verdienst, eine wichtige historische Debatte lanciert zu haben, doch seine Thesen halte ich für wenig plausibel.» Bundesrat Graber sei erst einige Monate im Amt gewesen, also sicher nicht so dreist, auf eigene Faust ein Abkommen mit Terroristen zu auszuhandeln. Ohnehin sei er nicht befugt gewesen, im Alleingang derartige Zugeständnisse zu machen. Zalas Hauptargument ist jedoch ein anderes: «In den uns zugänglichen Akten haben wir schlicht keine Hinweise darauf gefunden. Konspirative Vorgänge von solcher Tragweite hinterlassen in einer komplexen Verwaltung immer Spuren.» Entweder habe es also keinen geheimen Deal gegeben – oder er habe kaum eine Wirkung entfaltet.

Der gleiche quellenkritische Einwand kommt von Aviva Guttman, die kurz vor der Publikation von Gyrs brisantem Buch eine geschichtswissenschaftliche Dissertation über die schweizerische Anti-Terror-Politik der 1970er Jahre eingereicht hat. In diversen Medien hat sie sich inzwischen zu Wort gemeldet, weil sie «den Deal aufgrund des historischen Kontextes für wenig wahrscheinlich» hält. Bundesrat Graber habe sich stets gegen ein Abkommen mit den Palästinensern ausgesprochen, zudem hätten die Gründung eines PLO-Büros in Genf und die Einstellung des Würtenlingen-Strafverfahrens auch «unzählige andere Gründe» haben können. «Die Kernthesen und die historische Kausalität sollten mit eindeutigen Quellen belegt sein», findet deshalb Guttman.

Tatsächlich räumt Gyr bereits im Buch explizit ein, dass er keinen eindeu-



Schwierige Suche nach einem eindeutigen schriftlichen Beweis: Blick in das Bundesarchiv in Bern.

MARCEL BIERI / KEYSTONE

tigen schriftlichen Beleg gefunden habe. Er verweist auf eine Reihe von Indizien in den Akten, die in ihrer Gesamtheit aber ein «klares Bild» ergäben. Unterstützung erhält er von Jonathan Kreutner, der 2013 eine Dissertation über das Verhältnis der Schweiz zu Israel im Kalten Krieg publizierte und heute als Generalsekretär des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes amtiert. Er sei bei seinen Recherchen auch auf Indizien gestossen, dass es Druckversuche auf die Schweiz gegeben haben könnte und es zu Drohungen gekommen sei, auf welche die Behörden hilflos reagiert hätten. Die Zusammenhänge habe er aber nicht erkannt. «Erst bei der Lektüre von «Schweizer Terrorjahre» fiel es mir wie Schuppen von den Augen», sagt Kreutner.

Was zudem nicht vergessen werden darf: In der zeitgeschichtlichen Forschung spielen neben schriftlichen auch mündliche Quellen eine Rolle. NZZ-Reporter Gyr stützt sich in seiner Argumentation denn auch auf einige Kronzeugen, die er aufgespürt hat – auf Jean Ziegler, der Bundesrat Graber die Kontakte zu den Palästinensern vermittelt haben will, auf Farouk Kaddoumi, die frühere Nummer zwei der PLO, der bei den entsprechenden Verhandlungen in Genf dabei gewesen sein will, auf Walter Buser, den damaligen Vizebundeskanzler, aber auch auf zwei anonyme, voneinander unabhängige Quellen. Weder Kaddoumi noch Buser wurden bisher von Journalisten oder Historikern befragt.

Tiefe Aktengläubigkeit

Die Debatte um die Beweislage von Gyrs Thesen erinnert ein wenig an geschichtswissenschaftliche Grabenkämpfe im Kalten Krieg. Der grosse Basler Historiker Edgar Bonjour urteilte einst über das journalistisch grundierte, aber methodisch originelle Buch «Die Erschiessung des Landesverrätters Ernst S.» von Niklaus Meienberg, mündlichen Quellen könne man weniger vertrauen als schriftlichen, Dokumente seien in jedem Fall vertrauenswürdiger als Interviews, die man mit Personen der Zeitgeschichte führe.

Diese klassische Deutung ist in der «Zunft» bis heute vorherrschend geblieben: Mit schriftlichen Quellen kann vermeintlich nicht geschummelt werden, Papier vergilbt zwar, behält aber seinen Inhalt. Gedächtnisse dagegen geraten

über die Jahre ins Wanken, rekombinieren Vergangenes stets neu. Doch auch Meienbergs Entgegnung hat Bestand: «Was man schwarz auf weiss besitzt, kann man getrost nach Hause tragen – aber man besitzt halt nicht mehr alles», ätzte er. Archivbestände werden mitunter «gestrahlt», auch wird nie alles dokumentiert. Schriftliche Quellen sind folglich nicht der Weisheit letzter Schluss. Auch sie sind lückenhaft, manipulierbar oder mit langen Sperrfristen versehen.

Alles nur erfunden?

Keine Berührungsängste mit Zeitzeugen zeigte der «Tages-Anzeiger» – sofern diese Gyrs These widersprechen. Mit Franz Blankart brachte die Zeitung einen ehemaligen Diplomaten ins Spiel, der in jungen Jahren für Bundesrat Graber gearbeitet hatte. Blankart holte zur Fundamentalkritik aus: alles nur erfunden! Graber hätte den Bundesrat nie hintergangen und sei im fraglichen Zeitraum Tag und Nacht in Bern gewesen. Vor allem aber: «Es kann nicht sein, dass es von etwas so Wichtigem nichts Schriftliches gibt. Und selbst für den Fall, dass nichts protokolliert worden wäre: Ich hätte von so einem Abkommen gewusst.» In der Folge konterkarierte der «Tages-Anzeiger» seine anfänglich wohlwollende Beurteilung von Gyrs Buch.

Der Romandie-Korrespondent forderte von Gyr eine umfangreiche Stellungnahme zu umstrittenen Punkten ein, zitierte dann aber gerade einmal zwei verstümmelte Sätze daraus. Sacha Zala und Aviva Guttman hingegen wurden flächendeckend ins Blatt gerückt, ohne dass diese mehr als Vermutungen gegen Gyrs These hätten vorbringen können. Die Agenda von Bundesrat Graber, die Zala dem «Tages-Anzeiger» weitergereicht hatte, demonstrierte lediglich eine eigenwillige Einordnung historischen Quellenmaterials. Zu guter Letzt titelte Arthur Rutishauser, Chefredaktor des «Tages-Anzeigers» und der ebenfalls auffällig kritischen «Sonntagszeitung»: «Ziegler weiss nichts vom Deal. Der angebliche Vermittler des Geheimabkommens mit der PLO rudert zurück.» Peinlich nur, dass Ziegler umgehend dementierte und klagte, er sei missverständlich zitiert worden.

Von einem «Zeitungskrieg», den Ausenstehende ausmachen wollen, kann denn auch nicht die Rede sein, es geht

vielmehr darum, dass sich die beiden Tamedia-Produkte um journalistische Sorgfaltspflichten foutingten.

Gefährliches Spiel

Neue Erkenntnisse haben die Debatten rund um die «Schweizer Terrorjahre» bisher also nicht gebracht. Einige Historiker rümpfen die Nase, weil das Buch nicht den Konventionen einer wissenschaftlichen Qualifikationsarbeit entspricht, sondern für ein breites Publikum geschrieben ist. Medienhäuser zerzausen naturgemäss lieber Recherchen der Konkurrenz, als sie nachzubeten. Wenig erfreulich ist zudem, dass die bis jetzt wenig substantiellen Argumente gegen Gyrs These dazu führen könnten, dass der politische Druck abnimmt, die brisanten Vorgänge aus den 1970er Jahren genau zu durchleuchten.

Die vom Bundesrat mandatierte interdepartementale Arbeitsgruppe hat sich bereits konstituiert, gibt sich aber sehr bedeckt. Anfragen werden nur schriftlich entgegengenommen und in Kürzestform beantwortet. Nicht einmal die personelle Zusammensetzung wurde bekanntgegeben, was aus Transparenzgründen geboten wäre. Die juristisch oder historisch geschulten Vertreter aus dem EDA, dem EJPD, dem VBS und dem Bundesarchiv sollen nun zwei Fragen nachgehen: Gibt es Beweise für oder Hinweise auf ein Abkommen mit der PLO? Was haben die Bundesbehörden unternommen, um nach dem Bombenanschlag auf das Swissair-Flugzeug die Verantwortlichen zu ermitteln?

Relevante Dossiers würden von zwei Vertretern aus unterschiedlichen Ämtern geprüft, lässt der Vorsitzende der Arbeitsgruppe, EDA-Generalsekretär Benno Bättig, ausrichten. Für klassifizierte Dossiers würden Akteneinsichtsgesuche gestellt. Ob auch die noch vorhandenen Zeitzeugen befragt werden und ob diese ihrer allfälligen Schweigepflicht enthoben werden – was unerlässlich wäre – ist noch nicht geklärt: «Die Entscheidung darüber, ob – und falls ja, welche – Gespräche geführt werden, obliegt der Arbeitsgruppe.» Ein erster Bericht ist auf Ende April angekündigt.

Ob es am Schluss viel Lärm um nichts war, wie die Kritiker schon jetzt zu wissen meinen, wird sich weisen. Aber die Aufarbeitung muss akribisch und lückenlos erfolgen. Der unheimliche Verdacht darf nicht weiterbestehen.